

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 12

Berlin, den 15. Juni 1937

16. Jahrgang

Auslandspropaganda

Kein Volk hat jemals so sehr unter den Wirkungen einer feindlichen Auslandspropaganda gelitten, wie das deutsche während des Krieges. Und kaum jemals hat ein Volk nicht durch die Kraft seiner Waffen, sondern durch die Geschicklichkeit seiner Auslandspropaganda so viel erreicht, wie das polnische durch das Versailler Diktat. Es ist daher in erster Linie das polnische, aber in kaum geringererem Maße auch das tschechische Beispiel, aus dem sich die wesentlichen Erfordernisse und Kennzeichen einer wirksamen Auslandspropaganda besonders gut ablesen lassen.

Die Auslandspropaganda ist ein Kampfmittel, durch das sich Blut sparen läßt. Auch ein Volk, das entschlossen und in der Lage ist, im Augenblick der höchsten Not die Entscheidung der Waffen zu suchen, kann und darf nicht auf dieses Mittel verzichten. Es gibt nichts, was nicht geglaubt wird, wenn es dauernd behauptet wird und keinen Widerspruch findet. Keine Weltanschauung kann auf Auslandspropaganda verzichten, und kein Volk, das politische Ziele verfolgt, kann sie entbehren. Letzten Endes wird eine Auslandspropaganda immer offen sein. Es hat keinen Zweck, Auslandspropaganda zu treiben, wenn nicht das ganze Volk hinter den Thesen steht, die sie verteidigt. Auslands- und Inlandspropaganda müssen gleichlaufend sein. Die Auslandspropaganda wird auf die Dauer die erfolgreichste sein, die sich auf ein in allen seinen Gliedern zu jeder Zeit und in jedem Punkte durchaus politisch denkendes Volk stützen kann. Es ist ein Übel, in der Inlandspropaganda andere Ziele zu verfolgen und andere Thesen zu vertreten, als es in der Auslandspropaganda geschieht. Denn es kann nicht ausbleiben, daß ein solcher Zwiespalt den Eindruck der Unaufrichtigkeit, der Ziellosigkeit und der Schwäche erweckt.

Keine Auslandspropaganda kann der wissenschaftlichen Hilfe entbehren. Aber es ist notwendig, daß die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung und Arbeit zum Zweck der Propaganda in kleine, gangbare Münzen umgeprägt werden. Die Thesen der Auslandspropaganda müssen klar und einprägsam, Kompromisslos und ohne Vorbehalt sein, um den für ihre Wirksamkeit notwendigen Eindruck der absoluten Gültigkeit zu erwecken. Die Auslandspropaganda muß eindeutige und gleichbleibende Thesen vertreten, aber sie muß in ihren Mitteln und Methoden elastisch sein und sich den politischen Gegebenheiten des Augenblickes anpassen können. Die Begründung kann verschieden sein, die Taktik kann Umwege verlangen, aber das Ziel muß bleiben. Die Auslandspropaganda muß es verstehen, die Außenposten der Weltanschauung, die sie vertritt, und des Volkes, dem sie dient, zu ihren aktiven Trägern zu machen. Sie muß darauf bedacht sein, diese Weltanschauung und dieses Volk als Freund und Helfer der anderen Völker oder ganzer Völkergemeinschaften erscheinen zu lassen. Sie muß auf die Psychologie der Völker, an die sie sich wendet, eingestellt sein; ist sie das nicht, so wird sie wirkungslos bleiben oder gar mehr Schaden als Nutzen anrichten. Sie muß die Momente betonen, die das Volk, dem sie dient, mit den anderen Völkern verbindet, und versuchen, die etwa trennenden Momente im Bewußtsein der anderen Völker zum Verschwinden zu bringen.

Es ist zweckmäßig, in kurzer Skizzierung zu zeigen, wie diese allgemein gültigen Sätze über die Auslandspropaganda vom polnischen Volke praktisch angewandt werden. Das

deutsche Volk kann aus der genauen Kenntnis der Mittel und Methoden, aber vor allem auch der Zielsetzung der polnischen Auslandspropaganda mancherlei lernen. Die Ueber-einstimmung von Inlands- und Auslandspropaganda ist in Polen in vollem Umfang gegeben. Die Ziele der polnischen Propaganda liegen im Westen. Sie entsprechen dem biologischen Gefälle von Osten nach Westen und dem Zivilisationsgefälle von Westen nach Osten. Gegen Osten steht das polnische Volk in der Verteidigung; in seinen Ostmarken muß es sich wesentlich darauf beschränken, eine historische Position, die es einmal besessen hat, zu behaupten. Gegen Westen aber, wo es sich auf seine biologische Ueberlegenheit berufen zu können glaubt, steht es im Angriff. Dem entspricht die Auslandspropaganda, die Polen betreibt. Was die östlichen Dinge anlangt, so beschränkt sie sich im wesentlichen darauf, die Rolle Polens als eines „Schutzwalles Europas gegen die asiatische Barbarei“ zu betonen und von der „Kulturmission des polnischen Volkes gegenüber seinen östlichen Nachbarn“ zu sprechen. Die Kulturmission aber, die das deutsche Volk im Osten erfüllt hat, erkennt die polnische Auslandspropaganda nicht an; sie sucht sie entweder völlig zu leugnen oder unter Ausnutzung der immer noch nachwirkenden Kriegspsychose in den Augen der Welt verächtlich zu machen oder aber ihre Leistungen kurzerhand für das polnische Volk selber in Anspruch zu nehmen, — wie etwa der Versuch, Copernicus oder Weizsäcker als „Polen“ auszugeben, beweist. Die polnische Auslandspropaganda ist also an der tatsächlichen, gegen Deutschland gerichteten Volkstimmung orientiert. Und wie diese Volkstimmung so ist auch die polnische Auslandspropaganda offensiv in dem Wortes vollster Bedeutung. Das im Herbst v. J. erschienene Buch von W a n -k o w i c z, das die schwersten Verleumdungen der nationalsozialistischen Volkstumspolitik und die schärfsten Angriffe auf Ostpreußen enthält, ist ein schlagendes Beispiel hierfür; dieses Buch hat nicht nur in Polen selbst bis heute bereits vier Auflagen erlebt, sondern es ist, in englischer und französischer Uebersetzung, auch dazu bestimmt, seine Rolle in der polnischen Auslandspropaganda zu spielen.

Die polnische Auslandspropaganda hat es seit jeher verstanden, mit einfachen und sozusagen international anerkannten Parolen zu operieren. Sie hat sich früher im Kampf um den polnischen Staat sowohl gewisser panlawistischer Neigungen wie vor allem der von Frankreich vertretenen Ideologie von der „Freiheit der kleinen Nationen“ zu bedienen gewußt. Und sie verteidigt, seitdem dieser Staat nun besteht, beständig im Ziel, aber wenig in der Anpassung der Argumente an die gegebene politische Situation, den Gedanken der polnischen Vormachtstellung im östlichen Mitteleuropa. Dieser Gedanke wird entweder, wie es Roman Dmowski (und übrigens von tschechischer Seite auch Eduard Benesch) getan hat, in die Formel vom „antideutschen Mitteleuropa“ oder, wie es gegenwärtig der Fall ist, in die Formel vom „zwischeneuropäischen Sicherheitsgürtel“ gekleidet. Die Formeln wechseln und lehnen sich von Fall zu Fall an die in Westeuropa gerade vorherrschenden europäischen „Konstruktionspläne“ an, das Ziel aber, dem all diese Formeln dienen, bleibt immer das selbe. Und immer ist die polnische Auslandspropaganda verbunden mit dem Glauben an eine Mission, die der Welt mit großer Hartnäckigkeit durch einige historische Beispiele, vor allem durch den Hinweis auf die „Rettung Wiens“ durch Sobieski und auf die „Rettung Europas“ durch die Schlacht an der Weichsel, klarzumachen versucht wird. Dieser Glaube erklärt zum guten Teil auch die Inbrunst und den Fanatismus, aber auch den Hang zur Legende und den Mangel an Selbstkritik, die die polnische Auslandspropaganda, aber auch die der anderen slawischen Völker charakterisieren.

Wohl nur in den wenigsten Ländern hat sich die Wissenschaft der Auslandspropaganda so rückhaltlos zur Verfügung gestellt wie in Polen. Die polnische Wissenschaft ist eine Waffe im politischen Kampf. Die Forschungsarbeit wird dort angefaßt, wo es die Notwendigkeiten dieses Kampfes verlangen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das Baltische Institut in Odingen, dessen Zweckbestimmung es ist, den polnischen Drang zum Meer wissenschaftlich zu untermauern, über einen Etat von 90 bis 100 Wissenschaftlern verfügt. Es gibt in Polen manchen Wissenschaftler, der sich durchaus bemüht, objektiv in seiner Forschung zu bleiben, der hier und da aber doch Thesen verteidigt, deren Richtigkeit er, nach seiner sonstigen Forschungstätigkeit zu urteilen, selbst bezweifeln müßte, an deren Richtigkeit er aber dennoch glaubt, weil sich die Thesen

mit jenen Zielen decken, die er als Pole, verfolgt. Fälle nationaler Disziplinslosigkeit unter den Wissenschaftlern kommen in Polen kaum vor. Ueber Themen, aus denen kein propagandistischer Nutzen für Polen erwächst, wird möglichst wenig gesprochen. Und was die polnische Wissenschaft erarbeitet hat, findet sofort seinen Niederschlag in der kleinen Münze einer Propaganda, die sich in thesenhaft knapper, unkomplizierter und leicht verdaulicher Form an die Ausländer wendet, in einer Form, die darauf abzielt, dem Gegner zuvorzukommen und ihm die Mühe der Berechtigung und der Verteidigung aufzuerlegen. Es ist das Bezeichnende in diesem Zusammenspiel zwischen polnischer Auslandspropaganda und polnischer Wissenschaft, daß sehr häufig zuerst die propagandistischen Thesen da sind und es dann der wissenschaftlichen Arbeit überlassen wird, nachträglich die notwendigen Argumente für die fertigen Thesen zu schaffen.

In hervorragendem Maße hat es die polnische Auslandspropaganda verstanden, die im Ausland lebenden Polen zu ihren aktiven Trägern zu machen. Es ist bekannt, welche eminent wichtige Rolle die Polen (aber ebenso die Tschechen und Litauer) in Amerika bei der Errichtung ihrer Staaten gespielt haben. Es ist bekannt, wie es Roman Dmowski verstanden hat, die 4 Millionen Polen der Vereinigten Staaten über die Person Wilsons in die Waagschale der Versailler Entscheidung über die Korridorfrage zu werfen. In der Ausnutzung und im Einsatz der Emigration ist einer der Hauptgründe für die Erfolge der polnischen Auslandspropaganda zu suchen. Jeden Polen im Ausland zu einem Propagandisten der Sache seines Staates zu machen, ist die Aufgabe, die dem Weltbund der Polen gestellt ist. Was in Polen selbst der Westverband ist, ist hinsichtlich der Propaganda im Auslande der Weltbund der Polen, zu dem nahezu sämtliche Gruppen der im Ausland lebenden Polen gehören. Ueber ihn, der überall aufs engste zusammenarbeitet mit den diplomatischen und konsularischen Vertretungen Polens, finden die Thesen der polnischen Propaganda ihren Weg in die ausländische Presse, in die parlamentarischen Klubs, in die gesellschaftlichen und politischen Kreise anderer Länder. Und im Weltbund der Polen stehen fast überall auch die Männer bereit, die geschult und aktiv genug sind, um überall dort auf dem Plan zu erscheinen, wo sich eine den polnischen Interessen abträgliche Aktion bemerkbar zu machen beginnt.

Die Erfahrung, die sie in Versailles gemacht haben, hat die Polen gelehrt, was die Auslandspropaganda für sie bedeutet. Sie hat ihnen gezeigt, daß die Auslandspropaganda tatsächlich ein Mittel ist, das Blut sparen kann, daß sie unentbehrlich ist zur Erreichung politischer Ziele, daß sie die notwendige Vorstufe künftiger Entscheidungen ist, und daß ihre Vernachlässigung sich selbst für den Mächtigsten auf die Dauer verhängnisvoll auswirken muß. Demgemäß ist die polnische Auslandspropaganda nach dem Kriege in großzügigem Maße ausgebaut worden. Geld spielte dabei keine Rolle. Während die staatlichen Gesamtausgaben von Jahr zu Jahr sinken, sind die Aufwendungen für die Auslandspropaganda von Jahr zu Jahr größer geworden. Wenn man bedenkt, daß das Baltische Institut im vergangenen Jahre mit einem Etat von 250 000 Floty gewirtschaftet hat, daß in diesem Jahre die polnische Winterhilfsaktion während des Sommerhalbjahres als Hilfsaktion für die Polen im Auslande fortgeführt wird, daß die Sammlungen der See- und Kolonialliga nahezu 5½ Millionen Floty erbracht haben, daß die Mitgliederzahl dieser Liga in den letzten Jahren von 80 000 auf fast 600 000 und die des polnischen Westverbandes um 100 v. H. auf 110 000 emporgeschwollen ist, so sind das in Anbetracht der katastrophalen Armut des Landes Zahlen, die den im ganzen Völkern lebenden Willen, Propaganda im Dienste Polens zu treiben, überzeugend dokumentieren.

Für den deutschen Beobachter ist dabei der entscheidende Faktor, daß die Mittel und Menschen, von denen hier die Rede gewesen ist, fast ausschließlich zur Propaganda gegen Deutschland eingesetzt werden. Und dieser Einsatz ist seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Paktes von 1934 nicht etwa geringer geworden. Er hat sich gerade seit dieser Zeit vielmehr bedeutend verstärkt. Die polnische Auslandspropaganda, die bis 1934 mit Rücksicht auf die Korridorfrage im wesentlichen in der Verteidigung stand, ist seit dieser Zeit zu einem umfassenden Angriff auf reichsdeutsche Gebiete übergegangen. Es liegt auf der Hand, daß sich aus der Kenntnis dieser Lage für Deutschland gewisse zwingende Folgerungen bezüglich der eigenen Propaganda ergeben. Dr. Th. Oberländer.

Copernicus auf der Weltausstellung

Es war von vornherein zu erwarten, daß die Polen von den Repräsentanten der deutschen Kultur, die sie als Polen zu bezeichnen pflegen, zum mindesten einen, Nikolaus Copernicus, auf der Pariser Weltausstellung herausstellen würden. Und tatsächlich ist dort im polnischen Pavillon unter den Büsten der großen (wirklichen oder angeblichen) Polen auch eine Büste dieses deutschen Astronomen zu finden. Ein solcher Versuch, im Rahmen einer internationalen Veranstaltung, die eine Leistungsschau aller Völker der Erde sein soll, einen Großen der deutschen Wissenschaft für das polnische Volkstum und die polnische Kultur in Anspruch zu nehmen, ist eine Provokation, die einer eindeutigen und würdigen Zurückweisung von deutscher Seite bedürft hat. Das deutsche Volk hat es nicht nötig, sich mit den Leistungen fremder Völker zu schmücken; es hat aber auch nicht die Absicht, derartige Methoden der ungerechtfertigten Bereicherung, wie sie mit bemerkenswerter Unverschämtheit von polnischer Seite angewandt werden, noch weiter zu dulden. Den Besuchern der Pariser Weltausstellung ist daher Gelegenheit gegeben worden, sich an Hand schlagkräftigen Materials, das im deutschen Pavillon ausgestellt ist, über die Glaubwürdigkeit der polnischen Copernicus-Propaganda selber ein Urteil zu bilden. Das Deutschtum des Astronomen ist dort durch folgende Ausstellungsgegenstände unter Beweis gestellt worden:

Die deutsche Abstammung Copernicus' geht aus einer Verwandtschaftstafel hervor. Auf dieser sind nicht nur die Vorfahren väterlicher- und mütterlicherseits, die zu den zweifellos deutschen Kaufmanns- und Patrizierfamilien der Koppernigk, der Wagenrode usw., gehörten, verzeichnet, sondern auch die näheren und weiteren Verwandten des Astronomen, die Stulpawitz, von Allen, Feltzette, Möller, Gertner, Loitsch usw., also gleichfalls Sippen, die zum deutschen Bürgertum und Adel Preußens zählten. Die Tafel zeigt, daß sich in einem Fall, und zwar nur in der weiteren Verwandtschaft des Astronomen polnische Verespinnung feststellen läßt: ein Bruder seiner Mutter war mit einer Polin verheiratet; die Ehe jedoch blieb kinderlos, und erst aus der zweiten Ehe des Danfels mit einer Deutschen scheinen Kinder hervorgegangen zu sein. Es handelt sich also um einen Fall, der nicht gegen die deutsche Herkunft des Astronomen ins Feld geführt werden kann. Es ist also völlig sinnlos, wenn die polnische Propaganda in ihrer Vergeßlichkeit über das Fehlen besserer Beweismittel jetzt auf diesem polnisch verheirateten Danfel herumzureiten versucht.

Es ist zu beachten, daß die polnische Copernicus-Propaganda die allgemein bekannte Tatsache, daß Copernicus in Thorn geboren wurde, als einen „Beweis“ für dessen „polnische Abstammung“ auszugeben versucht, indem sie ganz einfach den polnischen Charakter dieser Stadt unterstellt. Und es muß festgestellt werden, daß die in dieser „Beweisführung“ liegende Spekulation der polnischen Propaganda auf die geschichtliche Unkenntnis der Menschen nicht ganz unberechtigt erscheint. Thorn aber war viele Generationen vor und viele Generationen nach Copernicus eine fast rein deutsche Stadt; zur Zeit des Astronomen war sie zu mehr als neun Zehnteln deutsch und sämtliche städtischen Ämter lagen in den Händen von Deutschen. Der deutsche Charakter Thorns wird im deutschen Pavillon in Paris durch mehrere beweiskräftige Dokumente verdeutlicht. Ein Kupferdruck, der aus der Chronik von Hartknoch „Altes und Neues Preußen“ (Anfang 17. Jhr.) stammt, zeigt das nach Anlage und Stil durchaus deutsche Stadtbild Thorns. Und das Schöffnenbuch der Stadt Thorn, das im Jahre 1936 von dem polnischen Historiker Raczymarczyk in Thorn herausgegeben wurde, weist für die Zeit von 1363 bis 1428, also für die Zeit vor Copernicus nach, daß die Inhaber der städtischen Ämter, zu denen auch die Vorfahren des Astronomen gehörten, ausschließlich deutscher Volkszugehörigkeit waren.

Unwiderleglich wie dieses Material sind auch die Dokumente, die das deutsche Volkstumsbekenntnis des Astronomen bezeugen. Es ist bekannt, daß sich unter den nachgelassenen Handschriften des Astronomen, die in den Bibliotheken und Museen verschiedener Länder aufbewahrt werden, keine einzige Zeile in polnischer

Sprache befindet, daß sich Copernicus vielmehr, wenn er nicht lateinisch schrieb, stets nur der deutschen Sprache bediente. Hierfür bietet ein im deutschen Pavillon ausgesetzter eigenhändiger Brief, den Copernicus am 15. Juni 1541 von Frauenburg an Herzog Albrecht von Preußen schrieb, den Beweis. Für dessen Deutschtum zeugt auch die Photokopie eines aus dem Jahre 1498 stammenden Rechnungsberichtes der Deutschen Landsmannschaft an der Universität Bologna, an der Copernicus damals studierte. Bei dieser Landsmannschaft, deren Satzungen gleichfalls ausgestellt sind, handelte es sich um eine Zwangsorganisation aller an der genannten Universität studierenden Rechtsstudenten deutscher Volkszugehörigkeit. In dem erwähnten Rechnungsbericht ist auch der Name des späteren Astronomen zu lesen. Erse in Paris ausgestellten Dokumente sind insofern besonders interessant, als sie die innere Unwahrscheinlichkeit jener Komödie beleuchten, die sich im vorigen Jahre ausgerechnet an der Universität Bologna abgespielt hat, als dort der polnische Botschafter am Daucinal im Auftrag seiner Regierung eine Büste des „polnischen“ (!) Astronomen enthüllte.

Die wissenschaftliche Leistung des Denkers und Forschers ist im deutschen Pavillon durch ein Exemplar der bei Dfander in Nürnberg im Jahre 1543 gedruckten Erstausgabe seines Hauptwerkes „De revolutionibus orbium coelestium“ veranschaulicht. Schließlich ist von den dort aufgestellten Gegenständen noch ein Bildnis des Astronomen, ein Holzschnitt, zu nennen, das dessen germanisch-deutschen Typ deutlich hervortreten läßt. Alle ausgestellten Dokumente sind mit entsprechenden Uebersetzungen und Erläuterungen versehen.

Diese deutschen Dokumente über Copernicus sind so überzeugend und unwiderleglich, daß die Erregung der Polen über die deutsche Antwort auf ihre Provokation begeistert erscheint, zumal sich, einem Bericht des „Nustrowany Kurjer Godzienny“ zufolge, die Pariser Presse unter dem Eindruck des deutschen Beweismaterials bereits darüber zu amüfieren beginnt, daß im polnischen Pavillon die Büste eines Deutschen ausgestellt wird! Es ist freilich wenig wahrscheinlich, daß die polnischen Copernicus-Propagandisten sich zu der Einsicht bekehren werden, daß es dem Ansehen der polnischen Kultur im Auslande nur dienlich sein kann, wenn sie sich darauf beschränken, die polnische Ruhmeshalle mit den Büsten polnischer Leute zu schmücken.

Vom tschechischen Volkscharakter

Man sollte meinen, daß alles das, was sich seit Versailles und St. Germain im östlichen Mitteleuropa ereignet hat, ausreicht, die letzten Reste der romantischen Vorstellungen zu überwinden, mit denen Herder einst das deutsche Urteil über Geschichte, Charakter und Berufung der slawischen Volksstämme verunzert hat. Irgendwie aber scheinen diese Vorstellungen noch immer im deutschen Volke zu leben. Und irgendwie sind die politisch verhängnisvollen Vertümer einer schwärmerischen Philosophie, die am Ausgang des 18. Jahrhunderts das volksbewußte Denken des deutschen Volkes gegenüber seinen östlichen Nachbarn zu zersehen begann, bis in die Gegenwart erhalten geblieben. Es ist endlich Zeit, daß diese „slawische Krankheit“ auskurirt wird und daß mit dem Märchen von dem „friedliebenden Charakter der slawischen Ackerbauern“ gründlich aufgeräumt wird. Es ist notwendig, zu erkennen, daß die Unterdrückung der deutschen Volksgruppen in den östlichen Staaten und die deutschfeindliche Haltung der östlichen Völker nicht eine durch die gegenwärtige politische Konstellation bedingte Erscheinung, sondern eine Auswirkung des konstanten Charakters dieser Völker darstellt. Diesem Erfordernis wird das jüngst erschienene Buch von Rudolf Jung über „Die Tschechen“ gerecht. (Siehe Buchbesprechung!) Es geht vom tschechischen Volkscharakter als von einer bleibenden Gegebenheit aus. Einige der hervorsteckendsten Charaktermerkmale der Tschechen, wie sie sich aus der Darstellung eines so hervorragenden Sachkenners wie des letzten Führers der ehemaligen DNVP ergeben, seien im Folgenden zur Sprache gebracht.

„Betrachten wir die Tschechen“, sagt Jung, „so fällt uns der Mangel an allen jenen Dingen auf, die die nordisch bestimmten Völker kennzeichnen.“ Ist das deutsche Volk

nordisch bestimmt, so ist das tschechische Volk dasjenige unter den europäischen Völkern, das seiner physischen Erscheinungsform und seiner seelischen Haltung am ausgeprägtesten die Merkmale der ostischen Rasse aufweist. Bezeichnend für den Charakter des tschechischen Volkes ist die Neigung, sich des Verrates zu rühmen, eine Neigung, die nach dem Zusammenbruch Oesterreichs dazu führte, daß ein förmlicher Wettstreit begann um den Ruf, den alten Staat am meisten verraten, den Fahnenwid am ehesten gebrochen und das hungernde Deutschtum der böhmischen Randgebiete während des Krieges durch die Verweigerung der Lebensmittelzufuhr am fühlbarsten gepinigt zu haben. Es ist bestimmend für die charakterliche Haltung des tschechischen Staates, daß in ihm die Verräter und Deserteure zu den höchsten Ämtern gelangten. Es ist bezeichnend für die Moral des tschechischen Volkes, daß es seinen Staat auf Lügen und Vertragsbrüchen, deren Opfer sowohl die Westmächte wie die Sudetendeutschen, Slowaken und Ukrainer gewesen sind, aufgebaut hat. Und es kennzeichnet den unheroischen Ehrbegriff dieses Volkes, daß der tschechischen Jugend schon in der Schule der Raubzug der berüchtigten Legionen durch Sibirien als eine Großtat der tschechischen Geschichte vorgestellt wird. Das tschechische Volk hat kein Götter- und Heldenideal und keine Sage, die darum spinnt. Es hat sie niemals gehabt, denn es hat kein Heldenzeitalter in der tschechischen Frühgeschichte gegeben. Was davon in der tschechischen Literatur verbreitet wird, ist entweder geistiger Diebstahl oder erwiesene Fälschung. Wenn es Masaryk in den ersten Tagen des neuen Staates für notwendig hielt, jene berühmt gewordene Mahnung an die Tschechen zu richten: zu arbeiten und nicht zu stehlen, dann ist das geschehen, weil dieser Mann, der entweder als Philosoph oder als Politiker gelogen hat, genau wußte, wie es hinsichtlich der Unterscheidung zwischen Mein und Dein bei seinen Landsleuten steht. Auch diese Eigenschaften sind kennzeichnend für das tschechische Volk: seine Feigheit und Untertwürfigkeit, wo es in der Minderheit ist und einen Herrn über sich fühlt, und seine Brutalität, wo es die Mehrheit besitzt und die Macht in der Hand hat. Seine Gefügigkeit und Dienstfertigkeit haben den Tschechen einst zu einem in deutschen Kreisen beliebten Arbeiter und Diensthofen gemacht. Des tschechischen Hanges zur berufsmäßigen Bespigelung und hinterhältigen Provokation hat sich schon die Habsburgerherrschaft zum Schaden aller anderen Völker der Doppelmonarchie mit Erfolg zu bedienen gewußt. Sehr viel von dem, was das alte Oesterreich bei seinen Völkern so unbeliebt machte, fällt auf die tschechischen Kreaturen zurück, die das Habsburgerregime — vor allem in Galizien — als Beamte eingesetzt hat.

Tief in der Seele des Tschechen schlummert das aus Neid und Furcht gemischte Haßgefühl gegen den Deutschen. 1000 Jahre des Zusammenlebens in einem Lande haben es nicht vermocht, dieses Gefühl zu überwinden. Immer wieder haben sich die Tschechen als das Volk des Aufbruchs gegen die mitteleuropäische Ordnung erwiesen. Das tschechische Volk ist zäh und beharrlich und von einem chauvinistischen Arbeitsußsein besessen. Es ist demokratisch — aber nur unter sich. Der Tscheche kann weich und hilfsbereit sein, wo es sich um Seinesgleichen handelt; aber er ist kleinlich-gehässig, kriegerisch und roh gegen den Fremden. Alles, was er tut, hat eine politische Note. Er fühlt sich als Angehöriger eines kleinen Volkes ständig bedroht und steht daher ständig im Kampf. Er liebt die Przemysliden nicht, weil sie deutschfreundlich waren; er sieht in den Hussitenkriegen die Glanzzeit seiner Geschichte, obwohl diese Kriege Böhmen zu einer Wüste zerstampfen. Das Aufbauende liegt nicht in der Natur des tschechischen Volkes. Es ist ein Volk, dem die geistige Schöpferkraft mangelt. Aber wie selten ein anderes Volk versteht es das tschechische, fremde Gedanken der Erreichung seiner nationalen Ziele dienstbar zu machen. Hus machte aus der Lehre Wicliffs ein nationales Kampfmittel gegen die Deutschen. Und der tschechische Staat wurde mit Hilfe humanitärer Ideen, mit denen Masaryk geschickt zu jonglieren wußte, erschlichen. In diesem Mißbrauch fremder Gedanken offenbart sich eine unbesiegbare Gewandtheit im Lügen, die sich aber selbst in den Kreisen der tschechischen Intelligenz sehr häufig mit einem für europäische Verhältnisse geradezu unwahrscheinlichen Mangel an tatsächlichem Wissen verbindet. Nur vom Charakter des tschechischen Volkes her ist das Verhältnis zwischen Deutschtum und Tschechentum zu begreifen: die bestialische Aushungerung der sudetenländischen Deutschen, der politische Verfolgungswahn, der in tausenden von Prozeß seinen Nieder-

schlag findet, das krankhafte Bedürfnis, alles, was deutsch ist, mit Schmutz zu bewerfen, u. a. m.

Aus der Zeit vor der Errichtung des tschecho-slowakischen Staates liegen mehrere Äußerungen heute maßgebender tschechischer Politiker vor, die anerkennen, daß die Erziehungsfähigkeit eines die „historischen Länder“ umfassenden Staates die Gleichberechtigung und die territoriale Autonomie der dort wohnenden Völker zur Voraussetzung hat. Sie haben, seitdem sie im Besitz des von ihnen erstrebten Staates sind, diese aus der Erfahrung geschöpfte Erkenntnis verleugnet. Sie haben damit nur in Uebereinstimmung mit den vorherrschenden Wesenszügen des tschechischen Volkscharakters gehandelt. Das aber bedeutet, daß eine befriedigende Lösung der deutsch-tschechischen Frage nur unter dem Druck einer politischen Konstellation, etwa einer völligen außenpolitischen Isolierung der Tschecho-Slowakei, zu erwarten ist, die das tschechische Volk zur Nachgiebigkeit zwingt. Solange dieses Volk unbeschränkt im böhmischen Raum herrscht, wird es eine solche Lösung nicht geben. In seltenen lichten Momenten sind sich die Tschechen durchaus bewußt, daß sie mit der Politik, die sie betreiben, ihre Zukunft riskieren. Aber der Hufstengengeist erschlägt in ihnen jede Vernunft. „Wir Tschechen“, hat einer der führenden Prager Politiker einmal gesagt, „sind ein ungezügelttes Volk, ein Volk, das keine Vernunft annimmt. Wir haben schon einmal ein Lipan erlebt; ich fürchte, wir werden ein zweites erleben“. Europa hätte den Nutzen davon. Dr. K.

Pilsudski-Propaganda in Deutschland

Am 26. Mai hielt der polnische Major Wacław Lipiński in Berlin auf Einladung der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas einen Vortrag über den russisch-polnischen Krieg. Lipiński ist der Leiter des Pilsudski-Institutes in Warschau und der stellvertretende Leiter des dortigen Militärhistorischen Büros. Er hat als berufsmäßiger Übersetzer der Pilsudskiliteratur die von der Eßener Verlagsanstalt in Essen verlegte vierbändige deutsche Ausgabe der „Dokumente und Erinnerungen“ seines Helden besorgt. Vor einiger Zeit hat die „Gazeta Polska“ berichtet, daß sich die Hanseatische Verlagsanstalt in Hamburg entschlossen habe, das bisher nur in polnischer Sprache vorliegende Buch Lipińskis „Der bewaffnete Kampf um die Unabhängigkeit Polens“, das in der Hauptsache die Tätigkeit der Pilsudskischen Legionen im Weltkrieg behandelt, in einer von Jan Paweł Kaczkoński bearbeiteten deutschen Uebersetzung erscheinen zu lassen. (Kaczkoński ist polnischer Generalkonsul in Essen und war schon an der Bearbeitung der deutschen Ausgabe der Pilsudskischen Schriften beteiligt.) Das erwähnte Buch von Lipiński hat in polnischer Sprache bereits zwei Auflagen erlebt. Es ins Deutsche zu übertragen, liegt keine besondere Veranlassung vor. Der deutsche Bedarf an polnisch-propagandistisch gefärbter Literatur über Pilsudski und die Legionen ist reichlich gedeckt. Wenn schon ein neues Buch über dieses Thema in Deutschland erscheinen soll, dann eine nützliche und kritische Studie über die Einstellung des polnischen Marschalls und seiner Mitarbeiter zu Deutschland. Eine solche Arbeit wäre von politischem Nutzen; sie könnte der Legende von der angeblich deutsch-freundlichen Einstellung Pilsudskis ein Ende bereiten, die hier und da noch in deutschen Kreisen grassiert und mit der die Propaganda der Epigonen des Marschalls in Deutschland (aber nirgendwo anders!) Eindruck zu machen versucht. Wenn das erwähnte Buch von Lipiński tatsächlich in deutscher Sprache herauskommen sollte, dann wäre als Mindestbedingung zu fordern, daß es in ungekürzter und wörtlicher Uebersetzung erscheint. Es dürfte nicht wieder vorkommen, wie das bei der Herausgabe anderer polnischer Bücher in deutscher Sprache (auch bei der vierbändigen Pilsudski-Ausgabe Lipińskis!) der Fall ist, daß man in der deutschen Ausgabe die deutschfeindlichen Stellen einfach unter den Tisch fallen läßt, damit also den Charakter des Buches absichtlich verfälscht und die politische Einstellung seines Verfassers verschleiert.

Es müßte dafür gesorgt werden, daß der polnische Bearbeiter der Uebersetzung z. B. folgende sehr interessante und aufschlußreiche Stelle aus dem Lipińskischen Buch nicht

unterschlägt: Es ist da auf Seite 175 f. von einer Beratung des sogenannten Konvents der Polnischen Militärorganisation (P. D. W.) die Rede, die im Frühjahr 1918 unter dem Vorsitz des heutigen Marschalls Rydz-Śmigły in Krakau stattfand. In dieser Geheimorganisation waren bekanntlich die engsten und treuesten Mitarbeiter des damals schon internierten Pilsudski vereinigt. Lipinski berichtet über die erwähnte Beratung: „Die Lösung, unter der die Aussprache stattfand . . . waren die Worte Pilsudskis, die er im Frühjahr 1917 im vertrauten Kreise gesprochen hatte: Wir sind zu schwach, um den Feind abzuschlagen; aber wir sind stark genug, um ihn abzugurgeln.“ Der Hauptgegenstand der Beratung war, wie Lipinski weiter erzählt, einen Organisations- und Aktionsplan für die Arbeit des „Abzugelns“ aufzustellen und die Bevölkerung sowohl wie die bewaffnete Macht stimmungsmäßig auf den hierzu geeigneten Augenblick vorzubereiten. Es wurde u. a. ein Beschluß folgendes Wortlauts gefaßt: „In der Erwägung, daß zwar die Autorität der österreichischen Macht und des österreichischen Heeres in der polnischen Volksgemeinschaft zusammenbricht, daß aber zugleich eine kritische Furcht vor der deutschen Macht besteht, wird beschlossen, die seelische Einstellung der Volksgemeinschaft durch eine intensive terroristische Tätigkeit gegen die Deutschen zu durchbrechen“. In diesem Sinne, so berichtet Lipinski dann schließlich, wurde von der P. D. W. gemeinsam mit der Kampforganisation der Polnischen Sozialdemokratie in den ersten Oktobertagen 1918 mit einer Serie von Attentaten auf Angehörige der deutschen Besatzungsbehörden begonnen. Diesen Attentaten fiel vor allem der Chef der deutschen Polizeiverwaltung in Warschau, Dr. Schulze, zum Opfer; und weiter wurden im Laufe dieser Aktion binnen wenigen Tagen etwa 200 deutsche Gendarmen ermordet. Pilsudski selber saß damals zwar in Magdeburg fest. Sein Geist aber lebte in den Leuten, die in Krakau den Beschluß faßten, die Deutschen „abzugurgeln“, und er lebte, wie Lipinski Bericht befähigt, auch in den Leuten, die diese Empfehlung ihres Kommandanten an 200 Beamten der deutschen Zivilverwaltung des Generalgouvernements Warschau praktisch vollführten.

Es wäre nicht nötig, über diese Dinge zu sprechen, wenn nicht, wie gesagt, die Gestalt Pilsudskis von der polnischen Propaganda in Deutschland in einer Beleuchtung herausgestellt würde, die dazu bestimmt ist, diesen polnischen Nationalhelden in der Rolle eines „Deutschensfreundes“ oder gar eines indirekten „Wohltäters“ Deutschlands erscheinen zu lassen. Ueber Wert und Untwert der politischen Folgen, die der Krieg von 1920 oder die Herrschaft des Pilsudskisystems in Polen für Deutschland gehabt haben, kann man durchaus verschiedener Auffassung sein. Und der Bewertung des Marschalls als eines Nationalhelden des polnischen Volkes kann es in Deutschland keinen Abbruch tun, wenn man darauf verzichtet, ihm irgendwelche, niemals vorhanden gewesene deutschfreundliche Absichten zu unterstellen.

Völkerguppenfeindliche Wirtschaftspolitik

Staat und Wirtschaft in Lettland vor dem 15. Mai 1934

Seit dem 15. Mai 1934 besitzt Lettland eine autoritäre Regierung. Seit dieser Zeit hat sich nicht nur eine vollständige Neugestaltung der innerpolitischen Lage des Staates vollzogen, sondern ist auch eine tiefgreifende Umgestaltung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse Lettlands durchgeführt worden. Die parlamentarischen Regierungen der Vormalszeit hatten die privatwirtschaftliche Entwicklung der Industrie und des Handels wenig beeinflußt. Es gab nur ein Gebiet, auf dem der Staat auch damals schon einen großen Einfluß ausübte; das war die Finanzierung der kleinen lettischen Kreditgenossenschaften aus Mitteln der staatlichen Emissionsbank. Auch wurden gelegentlich einzelne nationallettische Industrieunternehmen und Handelsbetriebe staatlich gefördert; doch wurde die Gesamtentwicklung der lettischen Volkswirtschaft dadurch wenig beeinflußt. Weiter trat der Staat auch damals schon als Unternehmer auf; aber es handelte sich hierbei um eine mehr zufällige, als beabsichtigte Erscheinung. Der lettische Staat war nämlich, als Nachfolger des russischen, in den Besitz einiger Unternehmen, der „Libauer Kriegshafenwerftstätten“, der von den Russen während des Welt-

Krieges enteigneten Rigaer Fabrik der A. E. G. und einiger Handelsschiffe gelangt, welsch' letztere die Rigaer Regierung veranlaßten, eine staatliche Reederei zu begründen. Schließlich dienten die staatlichen Monopole (Glase, Spiritus, Zucker) fiskalischen Zwecken. Die Förderung nach Anbahnung einer streng völkischen Wirtschaftspolitik wurde schon vor dem 15. Mai 1934 von nationalistischen Gruppen des Lettentums mehrfach erhoben; doch ließen es die häufigen Regierungswechsel, die einer großzügig planenden Wirtschaftspolitik abträglich waren, dazu nicht kommen.

Mit dem Augenblick, da die autoritäre Regierung die Zügel in die Hände nahm, trat ein Wandel der Dinge ein. Sehr bald wurde es klar, daß diese Regierung gewillt war, einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft zu nehmen und entschlossen war, nicht nur die Wirtschaft staatlich zu lenken, sondern zugleich auch dem Lettentum die Befestigung sämtlicher wichtiger Schlüsselstellungen in der Wirtschaft zu sichern. Zunächst müssen einige Zahlen vorangestellt werden:

Deutsche und Juden in der lettländischen Wirtschaft

Am 1. Januar 1936 gab es in Lettland 1237 Handelsunternehmen mit einem Jahresumsatz von über 100 000 Lats. Von diesen waren jüdisch 47,9 v. H., lettisch 30 v. H., deutsch 16,3 v. H.; der Rest gehört Personen anderer Volkzugehörigkeit. Der Umsatz dieser Handelsunternehmen betrug im Jahre 1935, aufgeteilt nach der Volkzugehörigkeit ihrer Besitzer (in Millionen Lats): lettisch 381,3, jüdisch 349,0, deutsch 98,2, russisch 30,6, polnisch 10,9 und andere Volkgruppen 27,1. Die Industriegesellschaften lagen gleichfalls zum großen Teil in nichtlettischen Händen. Die Erzeugnisse der lettländischen Industrie stammten im Jahre 1935 wertmäßig zu 36,7 v. H. aus deutschen, zu 35,6 v. H. aus jüdischen, zu 24,3 v. H. aus lettischen und zu 3,4 v. H. aus anderenationalen Betrieben. In Kleinhandel und Gewerbe lagen die Verhältnisse für das Lettentum wesentlich günstiger; jedoch war auch hier der Vorkriegszustand andersvölkischer, besonders jüdischer Unternehmungen hoch.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß der deutsche und der jüdische Anteil an der lettländischen Wirtschaft ein recht beträchtlicher war. Die Entfestigung der wirtschaftlichen Positionen der beiden Volkgruppen war jedoch völlig verschieden gewesen. Das baltische Deutschtum hatte jahrhundertlang die politische und sozial maßgebende Schicht im baltischen Raume gebildet; demgemäß war sein wirtschaftlicher Aufstieg ein langsamer und natürlicher Entwicklungsabgang gewesen. Der Weltkrieg und seine Folgen hatten die deutsche Wirtschaft in Lettland (wie auch in Estland) fast völlig vernichtet. In zäher Aufbauarbeit war es den Deutschen in Lettland nach dem Zusammenbruch aber gelungen, einen Teil ihrer alten Wirtschaftspostition aus den Trümmern wieder neu erstehen zu lassen. Die Wirtschaft der deutschen Volkgruppe ist bodenverbunden, wie die Menschen, die sie geschaffen haben; sie bildet einen organischen Bestandteil der Gesamtwirtschaft des Landes. Das Judentum hingegen hat die günstige Konjunktur der Nachkriegszeit ausgenutzt; es hat sich den ungeheuren Warenhunger, der nach dem Kriege in Lettland herrschte, zunutze gemacht und sich mit dem ihm eigenen händlerischen Instinkt auf die einträglichsten Wirtschaftsteile gestürzt. Es ist, wie stets, nur als spekulierendes, raffendes Element in Erscheinung getreten, ohne innerlich mit den Betrieben, die es erworben hat, zu verwachsen, ohne ein persönliches Verhältnis zur Arbeiterschaft zu gewinnen, ohne Pflichten anzuerkennen, die ein Betriebsleiter der Gesamtheit gegenüber besitzt. Bei der außerordentlichen Beweglichkeit seines Kapitals ist das Judentum auch in Lettland immer in der Lage gewesen, sein Geld an einem beliebigen anderen Ort „arbeiten“ zu lassen, wenn ihm an dieser oder jener Stelle durch gewisse Maßnahmen der Regierung etwa Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Das bedeutet, daß die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben des Judentum bei weitem nicht so schwer wie das baltische Deutschtum berühren, dessen bodenverbundene Wirtschaft solchen Eingriffen nicht ohne weiteres ausweichen kann, daß sich also auch das Bestreben der autoritären Regierung Lettlands, die Volkswirtschaft in lettischen Besitz überzuführen, besonders schwer gegen das Deutschtum des Landes auswirken muß.

Die Wirtschaftskammern

Die Rigaer Regierung leistet in der Schaffung einer nationallettischen, staatlich gelenkten Wirtschaft planmäßige Arbeit. Zuerst wurden mehrere Kammern, die Handels- und

Industriekammer, die Handwerkskammer und die Landwirtschaftskammer geschaffen. Alle bestehenden Organisationen der Kaufleute, Industriellen und Handwerker sowie die landwirtschaftlichen Verbände wurden aufgelöst; ihr Vermögen wurde von den neuen Kammern übernommen. Besonders empfindlich wurde das Deutschtum durch diese Maßnahmen betroffen. Es verlor einen großen Immobilienbesitz; selbst rein gesellschaftliche Vereinigungen, wie die sogen. „Gewerbevereine“ in den kleineren Städten Mitau, Windau und Bauske, mußten verschwinden. Durch die Auflösung der deutschen landwirtschaftlichen Verbände wurde eine Beratung und Betreuung der deutschen Landwirte durch volkseigene Fachleute nahezu unmöglich gemacht. Die neuen Kammern zählen unter ihren Mitgliedern, die von der Regierung ernannt werden, nur sehr wenige Deutsche. Die auf Veranlassung der Kammern neugegründeten Bezirksvereine der Handwerker, Kaufleute und Industriellen haben gleichfalls eine fast rein lettische Prägung. Die deutsche Volksgruppe ist auf diese Weise fast ganz aus der Vertretung der Berufsinteressen ausgeschaltet worden.

Die Lettländische Kreditbank

Gleichzeitig baute die Regierung ihre finanzielle Stellung planmäßig aus. Im Jahre 1936 erfolgte die Gründung der Lettländischen Kreditbank. Dessen Aktienkapital, das mehrfach, zuletzt am 2. Februar 1937, erhöht wurde, beträgt 40 Millionen Lats. Dieses Kapital wurde vom Finanzministerium aus den Einlagen der Postsparkasse, aus dem „Fonds zur Erneuerung des Wirtschaftslebens“, in Pfandbriefen der Lettländischen Staatlichen Hypothekbank und der Staatlichen Bodenkreditbank, ferner in Gestalt der Forderungen des Wirtschaftsdepartements an die ländlichen Selbstverwaltungen und an die Städte zur Verfügung gestellt. Die Lettländische Kreditbank ist also ein völlig in der Hand der Regierung liegendes Kreditinstitut. Ihre Aufgabe ist es, als staatlicher Mittler bei der Ueberführung von Privatbetrieben aus nichtlettischer in lettische Hand zu dienen. Durch einen besonderen Beschluß des Ministerkabinetts, demzufolge die Statuten einer jeden Gesellschaft, die in Zahlungsschwierigkeiten gerät oder über 50 v. H. ihres Vermögens verliert, aufgehoben werden können, erhielt diese Bank eine ihrer Zweckbestimmung entsprechende Interventionsmöglichkeit. Als die wirtschaftliche Depression der Jahre 1931 bis 1933 mehrere größere Aktienbanken stark in Mitleidenschaft zog, griff die Regierung ein und übergab diese Banken der Lettländischen Kreditbank zur Liquidation. Bei der Liquidation schrieb die Kreditbank einen erheblichen Teil der ausstehenden Forderungen als nicht mehr beiteilbar ab und erklärte das Aktienkapital der betreffenden Banken für so gut wie verloren. Auf diese Weise sind auch einige deutsche Banken (z. B. Rigauer Kreditbank) und Banken, die mit ausländischem Kapital, aber deutschen Angestellten arbeiteten, aus dem lettländischen Wirtschaftsleben verschwunden. Bis zum 22. September 1936 hat die Kreditbank 9 Banken, 11 gegenseitige Kreditgesellschaften und 11 Handels- und Industrieunternehmen zur Liquidation übernommen. Natürlich haben die Angestellten dieser Betriebe dabei ihre Stellung verloren. Da die liquidierten Geldinstitute weitgehend die lettländische Landwirtschaft mit Krediten versorgt hatten, hat sich die Kreditbank veranlaßt gesehen, von sich aus die Lettländische Bauernkreditbank als agrarisches Kreditinstitut mit einem Aktienkapital von 7,5 Millionen Lats ins Leben zu rufen. Zur Zeit besteht außer der übermächtigen Lettländischen Kreditbank nur noch eine einzige deutsche Aktienbank. Während der Anteil des ausländischen Kapitals bei den Banken am 1. Januar 1936 noch 67,9 v. H. betrug, ist er heute auf 10 v. H. gesunken. Darüber hinaus wurde die Aufsicht der Regierung über das private Bankwesen bedeutend verläßt. Der Finanzminister ist ermächtigt, die Entlassung eines jeden Angestellten oder Mitarbeiters eines Geldinstituts zu verfügen. Auf diese Weise hängt selbst das Schicksal des kleinsten Angestellten und natürlich erst recht dasjenige des Direktors vom Willen des Finanzministeriums ab.

Die Verletzung und Verstaatlichung des Handels

Als zweites Wirtschaftsgelbiet wurde der Handel (vor allem mit Erzeugnissen der Landwirtschaft und deren Nebenprodukten) in die Hand staatlicher Stellen gebracht. Hier war bereits früher Vorarbeit geleistet worden; staatliche Monopole

für Glachs, Spiritus und Zucker bestanden bereits vor Beginn der autoritären Regierung. Von dieser wurde dann zunächst die staatliche A. G. „Befona Eksports“ ausgebaut; diese Gesellschaft hat die gesamte Ein- und Ausfuhr von Vieh und Fetten in der Hand. Der „Lettländische Milchwirtschaftliche Zentralverband“, der der Landwirtschaftskammer angeschlossen ist, besitzt das Monopol für den Export von Milchprodukten und Eiern. Eine weitere staatliche Gesellschaft, der „Lettländische Zentrale Saatenerport“, führt monopolartig die Ein- und Ausfuhr des Saatgutes durch. Und die A. G. „Leder- und Wollzentrale“ stellt, als eine Gründung der A. G. „Befona Eksports“, des „Lettländischen Zentralen Saatenerports“, des „Lettländischen Milchwirtschaftlichen Zentralverbandes“ und der Landwirtschaftskammer gleichfalls ein autonomes Staatsunternehmen dar. (Der Lederhandel hat bisher zum größten Teil in jüdischen, z. T. auch in deutschen Händen gelegen.)

Einen beherrschenden Einfluß auf den Binnenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat sich die lettländische Regierung durch den Verband der Genossenschaften „Luriba“ („Wohlstand“) gesichert. Die „Luriba“ wurde von einigen Genossenschaftsverbänden, dem „Lettländischen Milchwirtschaftlichen Zentralverband“, der Landwirtschaftskammer und der „Lettländischen Bauernagrarkant“ (einer Gründung der Lettländischen Kreditbank) gegründet. Das Kapital der „Luriba“ beläuft sich auf 7 Millionen Lats. Bestehende Genossenschaftsverbände können sich ihr anschließen, wobei ihre Aktiva und Passiva von dieser übernommen und ihre Immobilien steuer- und gebührenfrei im Grundbuch auf den Namen der „Luriba“ übertragen werden. Wie stets bei den Neugründungen, die auf Veranlassung der Regierung geschehen, können auch in diesem Falle die Anteilsscheine nur mit besonderer Genehmigung (hier nur mit Einwilligung der Verwaltung und des Rates der „Luriba“) veräußert werden. In der Verwaltung hat ein Vertreter der Landwirtschaftskammer Sitz und Stimme. Das Tätigkeitsgebiet der „Luriba“ ist außerordentlich groß. Nach ihren Statuten soll sie „die Durchführung der staatlichen landwirtschaftlichen, wie auch überhaupt der wirtschaftlichen Politik fördern, indem sie die Absichten der Regierung bei der Preisfestsetzung und bei der Hebung des Volkswohlstandes unterstützt“. Sie betreibt nur Großhandel; sie soll ihre Mitglieder mit Waren, Maschinen, Lebensmitteln und Arbeitszubehör versorgen, im In- und Ausland Erzeugnisse der Landwirtschaft, des Handwerks und der Industrie kaufen und verkaufen und landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeiten und marktbereit machen. Mitglieder können außer Genossenschaften auch kommunale Behörden und, unter bestimmten Voraussetzungen, wirtschaftliche Organisationen und Unternehmen werden. Wie aus all dem ersichtlich, handelt es sich bei der „Luriba“ nicht um einen gewöhnlichen Verband von Genossenschaften, sondern um eine Großhandelszentrale, die berufen ist, einen großen Teil des Engros Handels an sich zu ziehen. Daß diese Absicht wirklich besteht, kann man u. a. auch daraus folgern, daß ihr bereits in einem Fall das Großhandelsmonopol für eine bestimmte Ware, nämlich Zement, übertragen worden ist. Eine ähnlich beherrschende Stellung wie die „Luriba“ nimmt hinsichtlich der Versorgung des Landes mit Holz, Kohle, Koks und anderen Brennstoffen die A. G. „Dgle“ ein; an diese sind u. a. sämtliche größeren Staatsaufträge (wie für Eisenbahnen und Behörden) übergegangen. Der Handel mit diesen Waren hat bisher fast ausschließlich in deutschen Händen gelegen.

Das Schicksal der lettländischen Industrie

Um auf die Industrie einen größeren Einfluß zu gewinnen, ist die Konzessionspflicht für Industrieunternehmen und größere Handwerksbetriebe eingeführt worden. Der Finanzminister kann einzelne Betriebe von dieser Verpflichtung entbinden; er ist aber auch berechtigt, besondere Forderungen in bezug auf die Leitung, Ausrüstung und Produktion der Betriebe zu stellen. Die verantwortlichen Leiter müssen lettländische Staatsangehörige sein und die Staatsprache beherrschen. Da auch alle bereits bestehenden gewerblichen Unternehmungen einer Genehmigung zur ferneren Arbeit bedürfen, liegt es in der Macht des Finanzministers, das Weiterbestehen jedes beliebigen Betriebes zu unterbinden, — eine Möglichkeit, die die deutschen Unternehmungen in ihrem Bestande bedroht und wohl als ein Druckmittel gedacht ist, die deutschen Unternehmungen den Kaufabsichten der Lettländischen Kreditbank gefügig zu machen.

Mehrere große deutsche Industriebetriebe sind bereits in den Besitz der Kreditbank übergegangen und sehen unter neuem Namen sowie unter rein lettischer Leitung und natürlich auch ohne ihre bisherigen deutschen Angestellten und Arbeiter ihre Tätigkeit fort. So hat die Kreditbank die Aktien des größten lettländischen schwerindustriellen Unternehmens, das sich bis dahin in deutschem Besitze befand, der A. G. „Phönix“, erworben. Die neuen Aktien der Gesellschaft, die unter dem Namen „Bairogs“ weiterbesteht, lauten beziehungsweise ausschließlich auf Namen, und die Kreditbank hat sich im Falle eines Besitzwechsels der Aktien das Vorkaufsrecht an diesen gesichert. Die A. G. „Bairogs“, so hat es in einer Erklärung des Finanzministers u. a. geheißen, sei zwar eine private Gesellschaft, doch werde sie in engem Kontakt mit der Staatsführung, den staatlichen Behörden, dem Kriegsministerium, dem Verkehrsministerium und dem Finanzministerium stehen und so arbeiten, wie es diesen Stellen genehm sei. Und der Vorsitzende der Handels- und Industriekammer, A. Behrsin, hat die Gesellschaft als ein lettisches Unternehmen bezeichnet, in dem nur Letten arbeiten würden. In Zukunft sollen in dem Werk, zu dem u. a. auch die einzige Waggonfabrik Lettlands gehört und dem auch die Schiffswerft des Rigaer Börsenkomitees angegliedert ist, auch Kriegsmaterial hergestellt werden. Weiter hat die lettländische Kreditbank die Bierbrauereien „Ilgezeem“ und „Lannhäuser“ sowie die stillgelegte Brauerei „Waldschlössen“ erworben. Die beiden ersten waren nach dem Weltkrieg aus deutschem in jüdischen Besitz übergegangen; doch waren Verwaltung und leitende Angestelltenschaft weiterhin deutsch geblieben. An Stelle dieser Brauereien, von denen das ganze Land mit billigem Bier versorgt wird, ist nun eine neue lettische unter dem Firmennamen „Aldaris“ getreten; und auch in diesem Falle hat sich die Kreditbank das Vorkaufsrecht auf die gleichfalls auf Namen lautenden Aktien vorbehalten. Die übrigen, kleineren Brauereien, die meist in deutschen Händen sind, werden sich dem staatlichen Unternehmen gegenüber kaum zu behaupten vermögen. In neuester Zeit hat dann die Kreditbank auch die Tabakfabrik „Asimakis“, (zur Kontrolle des Tabakgeschäfts), die Dehlmühle „Causinsch & Co.“, die Dehlmühle „Dehlerich“, die etwa 10 000 Tonnen Naphtha jährlich verarbeitet, die Kriegsmannsche Korkenfabrik in Riga und die Schokoladenfabriken „Laima“ und „Riegert“ erworben. Als neue Eigentümer treten, neben der Kreditbank, die „Turiba“ und das Armeewarenhaus auf. Im Auftrage der A. G. „Bairogs“, die ihrerseits, wie erwähnt, wieder von der Kreditbank abhängig ist, ist die Patronenfabrik „Selli und Bellor“ aufgelauft worden. Mit dem Aufkauf weiterer privater, vor allem deutscher Betriebe durch die staatlichen Institute, vor allem die lettländische Kreditbank, ist in näherer Zukunft zu rechnen.

Neben dem Ankauf bestehender geht die Begründung neuer Unternehmen durch die staatlichen Kreditinstitute einher. So wurde zunächst eine staatliche Dachschieferfabrik gegründet, dann folgte die Begründung zweier Unternehmungen, die zwar offiziell als „privat“ bezeichnet werden, in Wirklichkeit aber halbstaatliche Unternehmen sind: „Kiegelnecks“ und „Kalkis“ mit 0,6 bzw. 0,2 Millionen Rats Aktienkapital. Diese Unternehmen sollen Ziegelbrennereien und Kalköfen betreiben. Auch in diesem Fall sind die Aktien nicht zum freien Handel zugelassen; sie lauten auf Namen und sind nur mit Zustimmung der Verwaltung verkäuflich; und die Verwaltung wird vom Landwirtschaftsminister bestätigt. Fügt man noch hinzu, daß der Staat bereits das Spiritus-, Flachs- und Zuckermonopol hat, daß das oben erwähnte „Armeewarenhaus“, ein Walzwerk, ein Brücken-, Schiffs- und Maschinenwerk in Libau, ferner eine Superphosphatfabrik, die Staatlichen Elektrizitätswerke B. G. Z. und eine Schieferfabrik dem Staate gehören, daß ferner der Butter-, Bacon- und Saateneexport staatlich sind, daß auch das Versicherungswesen zum Teil schon verstaatlicht ist, so bedeutet das, daß sich der größere Teil der lettländischen Volkswirtschaft bereits in unmittelbarer Abhängigkeit von der Regierung befindet.

Lettische Wirtschaftspolitik als deutschfeindliche Handlung

Die vorliegende Zusammenstellung, die fortlaufend durch neue Regierungsmaßnahmen ergänzt werden kann, beweist, daß es bei den Vorgängen in Lettland um weit mehr als um eine staatliche Beaufsichtigung der Wirtschaft geht. Der

Staat hat sich in weitgehendem Maße selbst als Unternehmer in die Wirtschaft eingeschaltet. Die Wirtschaft soll lettisch werden. Die Absicht, die Nichtletten auszuschalten, wird von führenden lettischen Persönlichkeiten offen zugegeben. Am 27. Januar 1937 äußerte sich Staatspräsident K. Ulmanis zu den bisherigen Maßnahmen der Regierung, indem er u. a. sagte: „Wenn man auch einen Weg beschreiten muß, der gegenwärtig unverständlich erscheint, so wird er schon nach kurzer Zeit klar und verständlich werden. . . Die Gerechtigkeit verlangt, daß der Wohlstand dort gehoben werden muß, wo er bis jetzt am geringsten war, und bis jetzt waren die am wenigsten bemittelten Einwohner die Letten. . . Was die Industrie und den Handel betrifft, so wird hier eine recht große Umordnung notwendig sein, dies bezieht sich auf neue Zweige der Industrie und des Handels — teilweise auch auf alte —, wie auch auf die Personen der Leiter und Besitzer dieser Unternehmungen. . . Verschiedene Privatunternehmungen werden ihr Tätigkeitsfeld einschränken müssen.“ Die lettische Presse pflegt diese und häufige ähnliche Äußerungen weitgehend zu unterstützen und neue Maßnahmen zur Verstärkung des lettischen Einflusses in der Wirtschaft zu fordern. Es wird zwar gelegentlich betont, daß man die Privatinitiative nicht ausschalten wolle; bis jetzt aber sind alle in lettischen Besitz übergegangenen oder von lettischer Seite neu gegründeten Gesellschaften, trotzdem sie teilweise als Privatunternehmen bezeichnet werden, entweder rein staatliche Gesellschaften oder bestenfalls gemischtwirtschaftliche Unternehmen, deren Kontrolle ganz in den Händen des Staates liegt.

Das Deutschtum des Landes spürt bereits empfindlich die Auswirkungen dieses wirtschaftlichen Kurzes. Nicht mit Unrecht ist von lettischer Seite die Wirtschafts-gesetzgebung der Regierung in ihrer Bedeutung für die Agrarreform zur Seite gestellt worden. Hat die Agrarumwälzung das Deutschtum fast seines gesamten Grundbesitzes beraubt, so schränken die neuen Maßnahmen der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet den deutschen Lebensraum in den Städten außerordentlich ein. Staats- und Kommunalstellen sind dem Deutschtum verschlossen; die Tätigkeit in den freien Berufen ist ihm außer-gewöhnlich erschwert; jetzt werden dem Deutschtum auch noch die Berufe in Industrie und Handel versperrt. Man kann die wirtschaftlichen Maßnahmen der lettischen Regierung nicht mit der wirtschaftlichen Neuordnung vergleichen, wie sie im Deutschen Reich durchgeführt worden ist. Die lettischen Maßnahmen sind nicht aus nationalsozialistischen oder verwandten Gedankengängen entstanden; sie tragen vielmehr das Gepräge eines ausgesprochen liberalen Gedankengutes. Sie verleugnen das Prinzip der besseren Leistung. Sie sind ein nationalpolitisches Kampfmittel gegen das lettische Deutschtum. Die gelegentlichen vergleichenden Hinweise auf die Wirtschaftspolitik des Reiches, die sich in der lettischen Presse finden, sind nichts weiter als demagogische Deklarationen, die an die Adresse der reichsdeutschen Öffentlichkeit gerichtet sind, um diese über den eigentlichen Sinn und Zweck der von der Regierung Ulmanis durchgeführten Maßnahmen zu täuschen.

Tragödie der deutschen Jugend in Polen

Am 5. Juni ist vor dem Larnowitzer Bezirksgericht wieder ein Kapitel aus der Tragödie der deutschen Jugend in Polen zum Abschluß gelangt. 14 deutsche Jungen und Mädchen aus Kattowitz, Larnowitz und Umgebung, die dem Ober-schlesischen und dem Larnowitzer Wandербund angehört hatten, wurden zu zwei Monaten bis zu einem Jahre (insgesamt zu 8 Jahren 9 Monaten) Gefängnis und 11 weitere, die das 17. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, zur Unterbringung in einer Erziehungsanstalt verurteilt. Bereits im November vorigen Jahres hatte dasselbe Gericht in der gleichen Sache gegen 34 junge Deutsche im Alter von 16 bis 22 Jahren auf insgesamt 31 Jahre und 4 Monate Gefängnis und in mehreren Fällen auf Ueberweisung in eine Erziehungsanstalt erkannt. Den angeklagten Jungen und Mädchen wurde zum Vorwurf gemacht, auf ihren Heimabenden „politische Schulung“ getrieben zu haben und (ohne Kenntnis der Behörden) in Gruppen eingeteilt gewesen zu sein. Es ist unbegreiflich, wieso diese beiden Dinge (selbst wenn sie wirklich geschehen wären!) einen vernünftig denkenden, erwachsenen Menschen dazu veranlassen können,

59 Jungen und Mädel für Monate oder gar für Jahre ins Gefängnis zu schicken oder mit asozialen und sittlich verderbten Elementen zusammen in einer Erziehungsanstalt unterzubringen! Die Verantwortlichen dieses Prozesses haben der deutschen Jugend in Polen gegenüber eine moralische Schuld auf sich geladen, die in keinem Falle durch juristische Begründungen abgeschwächt werden kann. Solche Urteile, wie sie in den beiden Wanderbündprozessen gefällt worden sind, sprechen (wenn sie nicht noch fälschert werden) gegen das menschliche Verantwortungsgefühl der polnischen Justiz und gegen eine Staatsraison, die solcher Demonstrationen bedarf.

Das muß mit um so stärkerem Nachdruck festgestellt werden, als, selbst rein juristisch gesehen, das Urteil vom 6. Juni (wie auch das vom November v. J.) auf offensichtlich und, wie es scheint, beabsichtigten Mißverständnissen und Mißdeutungen aufgebaut ist. Es ist vor Gericht festgestellt worden, daß die „gesetzwidrige“ Aufstellung der Wanderbünde in Gruppen einfach dadurch bewirkt worden ist, daß den Bänden keine ausreichend geräumigen Heim zur Verfügung gestanden haben, in denen sich alle ihre Mitglieder zu gleicher Zeit hätten aufhalten können, so daß eben eine zeitliche Arbeitsteilung hat eingeführt werden müssen. Und was die „politische Schulung“ anlangt, so hat es sich dabei um Zeitschriften der Hitlerjugend und besonders des Bundes deutscher Mädel gehandelt, die in Polen von jedermann jederzeit gekauft werden können. Einige Einzelheiten aus der Verhandlung sind für den Geist, in dem die Angelegenheit von polnischer Seite gehandhabt worden ist, äußerst bezeichnend. Z. B. folgender Fall: Der Staatsanwalt hat sich hartnäckig geweigert, anzuerkennen, daß „Heimmaterial“ und „Geheimmaterial“ sowohl sachlich wie juristisch etwas gänzlich verschiedenes ist. Oder ein anderer Fall: Der Staatsanwalt hat sich darauf versteift, daß mit dem Treuegelöbnis, das die Jungen und Mädel bei ihrem Eintritt in die Bünde abgelegt haben, nur der Führer und Reichskanzler gemeint gewesen sein kann; und es ist durch Zeugen belegt worden, daß eines der angeklagten Mädel während der Voruntersuchung mit den schärfsten Strafen bedroht worden ist, als es sich weigerte, ein Protokoll zu unterschreiben, in dem der protokollierende Beamte die Aussage des Mädels über einen Treuechwur „auf die Führerin“ (des betreffenden Bundes) in einen Treuechwur „auf den Führer“ (des Deutschen Reiches) umgefälscht hatte. Oder ein drittes Beispiel: Der Polizeiaspirant Lye, der die Voruntersuchung geleitet hat, hat sich vor Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß sich aus der Tatsache, daß auf den Heimabenden Aufsätze aus der Zeitschrift des BdM gelesen worden sind, das Vorhandensein organisatorischer Beziehungen des Wanderbundes zu diesem reichsdeutschen Bunde ergebe, da man ja „auf Grund praktischer Erfahrungen annehmen müsse, daß das Interesse an einer Organisation und an einer Idee auch zu einer organisatorischen Verbindung führen müsse.“

Es ist nun leider so, daß das Larnowitzer Gericht der absurden Beweisführung der Belastungszeugen und des Staatsanwaltes gegenüber nicht die notwendige kritische Einstellung aufgebracht hat. Es hat sich für das Gericht auch offenbar gar nicht darum gehandelt, ob die deutschen Jungen und Mädel schuldig oder nichtschuldig sind. Der Prozeß gegen den Wanderbund ist überhaupt nur zu verstehen, wenn man ihn als ein Glied in der Kette jener Maßnahmen begreift, die darauf abzielen, der deutschen Jugend in Polen den organisatorischen Zusammenschluß und damit die völkische Gemeinschaftserziehung unmöglich zu machen, — während umgekehrt der Jugend der polnischen Volkspolizei in Deutschland in dieser Hinsicht keinerlei Hindernis in den Weg gelegt wird. Während jetzt der Fall des Wanderbundes vor der Revisionsinstanz schwebt, bereitet sich das System Grazyński offenbar bereits zu einem neuen Schlag gegen das deutsche Jugendorganisationswesen vor: Am 4. Juni ist im Jugendamt des Deutschen Volksbundes eine polizeiliche Durchsuchung der Akten und der Korrespondenz durchgeführt worden, anscheinend auf Grund irgendeiner „geheimen und illegale“ Betätigung zu konstruieren, die dann den Vorwand zur Unterdrückung auch dieser deutschen Jugendstelle abgeben soll.

Beispiele polnischer Schulpolitik

In wachsendem Maße greift die Durchführung der im Jahre 1932 dekretierten polnischen Schulreform in den Bestand des höheren deutschen Schulwesens ein. Zum ersten Mal haben in diesem Jahre die Schüler der deutschen Privatschulen ohne Öffentlichkeitsrecht die Folgen der Schulreform zu spüren bekommen. Durch die Schulreform ist nämlich eine Zerteilung des höheren Schulwesens in Polen in der Weise erfolgt, daß sich an vier Klassen Gymnasien zwei Klassen Lyzeum anschließen; und auf Grund einer im März d. J. erschienenen Verordnung haben sich die Schüler der vierten Gymnasialklasse beim Uebergang ins Lyzeum einer sogenannten Kleinen Reifeprüfung zu unterziehen. (Erst durch die Große Reifeprüfung, die den Besuch des Lyzeums abschließt, ist die Berechtigung zum Hochschulstudium zu erwerben.) Die Kleine Prüfung ist jetzt Ende Mai und Anfang Juni zum ersten Mal durchgeführt worden; sie erstreckt sich in ihrem schriftlichen Teil auf vier und im mündlichen Teil auf zehn Fächer. Dabei haben die Schüler der deutschen Privatschulen ohne Öffentlichkeitsrecht die Prüfung unter besonders schweren Bedingungen vor einer von der Schulbehörde bestimmten Kommission abzulegen, deren Mehrheit aus polnischen Lehrern besteht. Die polnische Schulbehörde hat ihren Vertretern in der Prüfungskommission die Anweisung gegeben, dafür zu sorgen, daß möglichst viele der deutschen Schüler bei der Prüfung durchfallen. Die Absicht, die damit verfolgt wird, liegt klar auf der Hand: Man will vom Besuch der höheren deutschen Privatschulen abschrecken und deren Lebensunfähigkeit „beweisen“. Unter diesen Umständen ist das unwahrscheinlich schlechte Prüfungsergebnis verständlich: Von den in Ostoberschlesien bestehenden sechs deutschen Privatschulen haben fünf, die das Öffentlichkeitsrecht nicht besitzen, insgesamt 67 Schüler in die Kleine Reifeprüfung geschickt. Hiervon haben nur 21 die schriftliche und nur 10 die mündliche Prüfung bestanden. 85 v. H. der Schüler sind also durchgefallen. An den einzelnen deutschen Privatschulen hat die Prüfung folgendes Ergebnis gehabt:

Anstalt	gemeldet	zur mündl. Prüfung zugelassen	bestanden
Antonienhütte	23	6	3
Kobnik	11	2	0
Pleß	12	8	5
Siemianowiz	7	1	0
Zarnowiz	14	4	2

In die 1. Lyzeumklassen der fünf deutschen Privatschulen rücken nach diesem Ergebnis insgesamt also nur 10 Schüler auf! Das einzige deutsche Privatschulwesen Ostoberschlesiens mit Öffentlichkeitsrecht ist dasjenige in Königshütte. Nur an dieser einen Anstalt brauchen sich die deutschen Schüler nicht der Prüfung durch eine ihnen fremde und feindselig gestimmte Kommission zu unterziehen. Da die öffentlichen höheren Schulen im Absterben sind und zur Zeit nur noch zwei Privatschulen an polnischen Gymnasien mit insgesamt nur 28 Schülern umfassen, ist durch die polnischen Prüfungsmethoden an den deutschen Privatschulen das gesamte höhere Bildungswesen der deutschen Volksgruppe Ostoberschlesiens aufs Schwerste bedroht.

*

Wenn es zutrifft, daß eine Kultur so viel wert ist, wie die Mittel, mit denen ihre Träger sie propagieren, dann kann es mit dem, was im Machtbereiche Grazynskis als polnische Kultur geboten wird, nicht allzu weit her sein. Man sehe sich einmal die Mittel an, mit denen dort versucht wird, deutsche Kinder für die Pflegestätten der polnischen Kultur, als welche die polnischen Schulen doch vermutlich gelten sollen, zu „gewinnen“. Als Ende Mai die seit Jahren stillgelegte Lagn-Zinkhütte bei Zarnowiz wieder in Betrieb genommen werden sollte, meldeten sich natürlich auch viele der deutschen Arbeiter, die früher auf der Hütte beschäftigt gewesen waren, zur Wiedereinstellung an. Den Arbeitern wurde jedoch rund heraus erklärt, daß über die Möglichkeit einer Wiederbeschäftigung erst dann zu reden sei, wenn sie ihre Kinder zur polnischen Schule umgemeldet hätten. In Godulla hütte taten sich in der „Werbung“ für die polnische Schule vor allem zwei Mitglieder des Ausländischenverbandes hervor, Skrzypel und

Dymek, die von Haus zu Haus gingen und die Bewohner, von denen sie wußten, daß sie ihre Kinder zur deutschen Schule angemeldet hatten, mit Drohungen einzuschüchtern versuchten. Einem der Deutschen stellten sie z. B. in Aussicht, daß man ihn mit Maschinengewehren zusammenknallen würde; andere glaubten sie durch die Androhung der Zwangsausweisung aus ihren Wohnungen gefügig machen zu können. In Bismarckhütte gehörte der Schulkommission, bei der die Anmeldungen vorzunehmen waren, ein Mitglied des Personalsbüros der Bismarckhütte an, was den Zusammenhang zwischen Arbeitsplatz und Volkstumserkenntnis sichtbar dokumentierte. In Königshütte versuchte man mit anderen Mitteln zum Ziele zu kommen. Zunächst ließ man die deutschen Eltern, die zur Schulanmeldung ihrer Kinder gekommen waren, stundenlang warten und dann unterwarf man sie einem durch Drohungen, Beschimpfungen und Spuckgeizen belebten Verhör. Man stellte Fragen, die mit den Anmeldeformalitäten nichts zu tun hatten, man drohte mit dem Ausschluß aus der Kirche, mit der Entlassung von der Arbeitsstelle, mit der Entziehung der Unterstüßungen, mit der Verdrängung aus der Wohnung und anderen Dingen, und schließlich spuckte man wütend hinter den Deutschen her, die den Raum verließen, ohne durch den in so überzeugender Weise vorgewießenen Glanz der Braganzischen Kultur von ihrer deutschen Verstocktheit geheilt worden zu sein.

*

Wie selbstverständlich es den Polen erscheint, daß die Deutschen in Polen kein Recht auf Arbeit und Leben haben, dafür führt die „Kattowitzer Zeitung“ einige lehrreiche Beispiele an. In den zahlreichen Fällen, in denen gegen deutsche Volkeangehörige, die wegen dauernder Arbeitslosigkeit die Miete nicht bezahlen können, Ermittlungsakten eingereicht werden, kommt es immer wieder vor, daß die Rechtsvertreter der Hausbesitzer in ihren Schriftsätzen an die Gerichte den Standpunkt versetzen, daß die betreffenden deutschen Mieter ihre Zahlungsunfähigkeit selbst verschuldet haben und daher keine Rücksicht verdienen. So führt z. B. einer dieser polnischen Rechtsanwälte in seinem Schriftsatz folgendes aus: „... Der Beklagte kann sich nicht auf ausnahmsweise Notlage berufen, da er die Arbeit aus eigener Schuld verloren hat, weil er Deutscher ist, seine Kinder in die deutsche Schule schickt und deutsche Theaterkarten kolportiert, usw. . .“ In einem anderen derartigen Schriftsatz heisst es ganz ähnlich: „... Ebenso kann der Beklagte nicht über Arbeitsmangel klagen; denn er hatte eine Arbeit auf der Grube und verlor diese aus eigener Schuld, und zwar machte er Propaganda zugunsten Deutschlands. Aus diesem Grunde wird er auch in Zukunft keinerlei Arbeit finden.“ Ebenso steht in einem dritten Schriftsatz zu lesen: „Der Beklagte ist selbst schuld, daß er keine Arbeit hat, da er trotz zahlreicher Warnungen seine Kinder in die deutsche Schule schickt und an der deutschen Propaganda teilnimmt, weshalb ihm die polnische Allgemeinheit nicht gewogen ist und ihm nicht zu Hilfe kommen will.“

Offland-Chronik

Ein deutsches Dorf niedergebrannt

Das etwa 30 Kilometer von Lodz entfernt liegende deutsche Dorf Grömbach wurde Anfang Juni durch eine furchtbare Brandkatastrophe nahezu völlig vernichtet. 22 Bauernwirtschaften brannten innerhalb weniger Stunden nieder. Nur zwei oder drei Wirtschaften blieben verschont. Das Feuer griff bei der herrschenden Dürre und vom Wind entfacht, mit solcher Schnelligkeit um sich, daß die deutschen Bauern von ihrem Besitz nur wenig zu retten vermochten, zumal die städtischen

Feuerwehren aus Lodz, Lomashow und Brzeziny merkwürdigerweise erst spät am Brandort erschienen. Das Feuer nahm seinen Ursprung in einem von polnischen Ziegelarbeitern bewohnten Gebäude. Für die Bauern ist der Schlag um so schwerer, als sie zumeist gar nicht oder nur niedrig versichert sind. Das deutsche Dorf Grömbach wurde um 1800 von der südpreussischen Kriegs- und Domänenkammer gegründet, zugleich mit einer Reihe anderer deutscher Kolonistendörfer wie Wionczyn, Wilhelmswalde, Grünberg und Neu-Sulzfeld.

Deutsche Arbeiter und polnischer Köder

Vor kurzem traten in Danzig etwa 300 Eisenbahner aus dem polnischen in den deutschen Berufsverband über. Durch dieses Ereignis wurde die polnische Presse in erhebliche Aufregung versetzt. Der „Kurjer Baltycki“, ein seit einiger Zeit in Gdingen erscheinendes Kampfbblatt gegen Danzig, ließ sich zu diesem Fall u. a. folgendermaßen vernehmen: „Ein wirklicher Pole wird auch niemals aus den polnischen Organisationen austreten und auch nicht seine Kinder aus der polnischen Schule entfernen. Wenn das einige tun, dann kann es sich dabei nicht um die vollwertigen und entschlossenen Elemente der polnischen Bevölkerung handeln.“ Diese Äußerung des polnischen Blattes ist beachtenswert. Es wird in ihr nämlich bestätigt, daß es sich bei den zum deutschen Berufsverband Uebergetretenen gar nicht um Polen gehandelt hat, sondern um Deutsche. Es hat sich bei ihnen um einen Teil jener katholischen Danziger Eisenbahner gehandelt, denen die polnische Eisenbahndirektion in Danzig den Beitritt zum polnischen Berufsverband durch die Androhung der Dienstentlassung abgepreßt oder durch das Versprechen dauernder Beschäftigung im polnischen Eisenbahndienst abgelockt hatte.

„Der Danziger Vorposten“ berichtete am 8. Juni über das Schicksal eines dieser Eisenbahner, das sich während der letzten Jahre in hunderten von Fällen in ähnlicher Weise abgespielt hat: Im Jahre 1934 wurde dem deutschen Arbeiter K. in Pielzel von dem Kommandanten des polnischen Grenzwachtkorps, Czyska, die lebenslängliche Anstellung bei der polnischen Eisenbahnverwaltung versprochen, wenn er — seine sechs Kinder zur polnischen Schule anmelden würde. Noch an dem gleichen Tage, an dem K. die von ihm verlangte Verpflichtung abgab, wurde er in den polnischen Eisenbahndienst übernommen und zugleich wurde ein deutschbewußter Eisenbahner „wegen Arbeitsmangels“ entlassen. Als sich dann aber K. von seiner Frau scheiden ließ und seine Kinder aus der polnischen Schule herausnahm, wurde er trotz der „lebenslänglichen Anstellung“ sofort wieder entlassen. Aber die polnischen Organisationen behielten den K. weiter im Auge. Und als sie glaubten, der Entlassene sei durch die längere Arbeits-

losigkeit genügend müde geworden, traten sie in der Person des Vertrauensmannes der polnischen Arbeitsfront in Danzig, Dlaszewski, von neuem an ihn heran und ließen ihn wissen, daß er sofort wieder eingestellt werden könne, wenn er seine Kinder wieder in die polnische Schule zurückschickte, sich von seiner zweiten Frau trennen und zu seiner ersten Frau zurückkehren würde.

Man hat es hier mit einem jener typischen Fälle polnischen Seelenfanges zu tun, deren es in der Praxis der polnischen Eisenbahnverwaltung in Danzig viele hunderte gibt. Und es ist das Bezeichnende, daß die polnischen Organisationen ihre besondere Aufmerksamkeit gerade den kinderreichen Familienvätern zuwenden, die einmal den wirtschaftlichen Versprechungen aus naheliegenden Gründen am ehesten zugänglich sind und die außerdem gerade durch ihre hohe Kinderzahl als besonders lohnende Objekte der Polonisierung erscheinen. Der „Kurjer Baltycki“ hat schon recht gehabt, wenn er von den zum deutschen Berufsverband übergetretenen Danziger Eisenbahnern gesagt hat, sie seien keine „vollwertigen Polen“. Diese Eisenbahner sind überhaupt keine Polen, sondern Deutsche, an denen die jahrelangen Polonisierungsversuche wirkungslos abgeprallt sind und die nunmehr zu der Organisation, in die sie ohnehin vollstammmäßig hineingehören, zurückgefunden haben.

Wahlterror in Friedenshütte

Am 6. Juni fanden in der Friedenshütte die Betriebsratswahlen statt. Der Gewerkschaft Deutscher Arbeiter dabei die Wahlverwaltung durch allerlei Schikanen, die sich mehrfach zu offenen Terrorakten steigerten, unmöglich gemacht. Kein einziger deutscher Vertreter wurde in den Wahlvorstand berufen. Die deutschen Zettelverteiler wurden von der Hüttenfeuerwehr auf Anordnung des Wahlvorstandes vertrieben. In einem der Wahllokale wurden die deutschen Stimmzettel „entwendet“, „ohne daß der Täter festgestellt werden konnte“. Einer der deutschen Zettelverteiler, Silla, wurde von drei Aufständischen niedergeschlagen und am Boden liegend, von den polnischen Patrioten mißhandelt. Das deutsche Betriebsratsmitglied Lehnard wurde bei dem Versuch, gegen die Mißbräuche und Schikanen Protest einzulegen, von einer Horde Aufständischer bedroht und zum Verlassen des Hüttengeländes gezwungen.

Das Ergebnis der Wahlen war, daß in den aus 19 Mitgliedern bestehenden Betriebsrat der Friedenshütte kein einziger deutscher Vertreter gelangte. Da sich, wie gesagt, bereits im Wahlvorstand kein deutscher Vertreter befand, konnte die Richtigkeit der Stimmentauszählung von deutscher Seite nicht nachgeprüft werden. Es ist sehr bezeichnend, daß die Zahl der Stimmen, die auf die einzelnen Listen entfielen, nicht veröffentlicht wurde. Die Gewerkschaft Deutscher Arbeiter hat gegen die Wahlen beim Arbeitsinspektor Einspruch erhoben.

Zwei Drittel der Mitglieder arbeitslos

Der Jahresbericht der Myslowiger Bezirksvereinigung des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Schlesien, der kürzlich der Jahreshauptversammlung der Bezirksvereinigung vorgelegt wurde, gibt einen Einblick in die furchtbare Not, die in den Reihen des ostoberschlesischen Deutschtums herrscht. Die Bezirksvereinigung zählt (ohne Ehefrauen) 3 975 Mitglieder. Von diesen sind 2 248 arbeitslos; weitere 308 Mitglieder haben überhaupt noch niemals einen Beruf ausgeübt. Von den Arbeitslosen sind 1 620 Arbeiter und 626 Angestellte. Von der Bezirksvereinigung sind für die arbeits- und berufslosen Mitglieder und deren Angehörige im Berichtsjahr 93 000 Plots an Unterstützungen aufgebracht worden; das ist an sich wohl eine beträchtliche Summe; wenn man aber bedenkt, daß 2 000 Mitglieder der Bezirksvereinigung verheiratet sind und bis zu fünf Kindern (33 sogar mehr als 5 Kinder) zu versorgen haben, kann man sich leicht denken, daß die zur Verfügung stehende Summe gerade ausgereicht hat, um die schlimmste Not zu lindern.

Polnische Sprache = 3,50 Plots

Am 26. Mai erschien die Frau des deutschen Volksgenossen Kowoll im Dinkarer Kreiskrankenhaus mit ihrem an Blinddarmentzündung erkrankten Kind. Als sich das Kind in Gegenwart des diensttuenden Arztes mit seiner Mutter in deutscher Sprache unterhielt, fühlte sich dieser offenbar in feiner polnischen Gesinnung verlezt. Er versuchte der Mutter klar zu machen, daß es sich geböre, daß sie ihr Kind polnisch erziehe, wenn sie wolle, daß der polnische Staat täglich 3,50 Plots für die Behandlung des Kindes ausbe-

Er meinte auch, daß ein derart provozierender Gebrauch der deutschen Sprache nach dem 16. Juli aufhören werde.

„Bataillon Dombrowski“

In der polnischen Linkspresse sind vor kurzem zum ersten Mal nähere Mitteilungen über die Teilnahme polnischer Marxisten am spanischen Bürgerkrieg veröffentlicht worden. Demzufolge kämpften auf Seiten der Valencia-Bolschewisten etwa 3 500 Polen, die in mehreren eigenen Formationen, dem „Bataillon Dombrowski“, der „Reiterabteilung Dombrowski“ und der „Kompanie Mickiewicz“ organisiert sind. Daneben gibt es noch zahlreiche Polen, die in anderen bolschewistischen Ausländerformationen, wie im „Bataillon Lalmann“ und im „Bataillon Dimitroff“, gegen Spanien kämpften. In dem Bericht wird mit Stolz hervorgehoben, daß sich die polnischen Bolschewisten, besonders die vom „Bataillon Dombrowski“, in den Kämpfen schon mehrfach hervorgetan hätten. Weiter wird darin mitgeteilt, daß in Madrid unter dem Namen „Dombrowszczak“ eine eigene Zeitschrift für die im spanischen Krieg stehenden polnischen Marxisten erscheint. In diesem Zusammenhang ist es interessant, sich daran zu erinnern, daß diese polnischen Formationen in Spanien ihre geschichtlichen Vorläufer haben. Es ist nicht das erste Mal, daß polnische Freiwillige als Soldner in fremden Diensten gegen die Freiheit Spaniens kämpften. In der napoleonischen Zeit haben die Legionen Dombrowskis im Solde Frankreichs auch auf der Pyrenäenhalbinsel gekämpft. Sie haben geglaubt, die Freiheit Polens dadurch einkaufen zu können, daß sie dem Korps dabei behilflich waren, die Freiheit Spaniens zu unterjochen. Und sie haben das unter der „sinnvollen“ Parole getan: Für eure und für unsere Freiheit!

Aufhebung gegen Deutschland

Ein Vorfall, über den der Krakauer „Mistr. Kurjer Codz.“ berichtete, weist ein bemerkenswertes Licht auf die Verhehlung, der die Angehörigen der polnischen Volkspolizei in Deutschland, die besuchsweise nach Polen fahren, dort ausgesetzt sind! Am 29. und 30. Mai hielt sich, dem Bericht des polnischen Blattes zufolge, eine

Gruppe von Polen aus Ostpreußen in Posen auf. Sie legten dort u. a. am „Denkmal der Dankbarkeit“ einen Kranz nieder. Bei dieser Gelegenheit hielt ein katholischer Geistlicher, Pfarrer Kasinski-Posen, eine Ansprache, in der er die deutschen Staatsangehörigen polnischen Volkstums zum Ausbarren ermahnte und weiter betonte, daß einfluß der Augenblick kommen werde, da das, was polnisch sei, wieder zu Polen zurückkehren müsse. Die polnische Gruppe aus Ostpreußen wurde von Pfarrer Dsinski, einem in Ostpreußen durch verschiedene politische Affären bekannt gewordenen Polenbundesführer, geleitet.

Das Baltische Institut gibt Fälschung zu

In Nr. 11 des „Ostland“ wurde darüber berichtet, daß das Baltische Institut in Odingen in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Jantar“ einen Artikel des Abteilungsleiters am Institut für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg, Dr. P. H. Seraphim, nicht nur ohne Erlaubnis des Verfassers, sondern auch in einer sinntstellenden Uebersetzung, die einer Fälschung des Inhaltes gleichkam, veröffentlicht hat. Der Forderung Dr. Seraphims, daß in der nächstfolgenden Nummer der „Jantar“ eine entsprechende Richtigstellung gebracht wird, hat der Leiter des Baltischen Institutes, Direktor Borowik, nachgeben müssen. Die Erklärung der Redaktion hat folgenden Wortlaut: „Die in Nr. 1 der „Jantar“ erschienene Uebersetzung des Artikels von Professor Seraphim unter dem Titel „Strukturveränderungen in den Umschlägen der baltischen Häfen“ wurde vor dem Druck weder dem Autor noch dem Uebersetzer eingesandt. Infolge eines Versehens der Redaktion blieben in dem veröffentlichten Texte gewisse Unebenheiten zurück, die den polnischen Text von dem deutschen Origin-

nal wie auch von dem englischen Text unterscheiden. Die Redaktion bittet für den wider Willen dem Autor und dem Uebersetzer zugefügten Schaden um Entschuldigung.“ Das Baltische Institut hat also den Rückzug angetreten und, wenn auch etwas verschämt, die Fälschung des deutschen Textes bestätigt. Daß die Zeitschrift „Jantar“ diese entschuldigende Erklärung der Redaktion veröffentlicht hat, kann an dem Beschluß des Königsberger Institutes für Osteuropäische Wirtschaft, die Zusammenarbeit mit dem Baltischen Institut abzubrechen, nichts ändern. Es ist auf Seiten des polnischen Institutes keine Gewähr dafür gegeben, daß in Zukunft derartige „Versehen“, wie sie sich im Falle des Seraphim'schen Artikels eingestellt haben, nicht mehr ereignen.

Polnische Banditen überfallen deutsche Bauern

In dem unmittelbar an der Grenze des Freistaates Danzig auf polnischer Seite gelegenen Dorfe Scherpingen wurden in der Nacht zum 9. Juni fünf deutsche Bauern, die auf ihren Feldern arbeiteten, von polnischen Banditen überfallen. Die in der Uebermacht befindlichen Polen, die den deutschen Bauern z. T. persönlich bekannt waren, schlugen und stachen mit Knüppeln und Messern auf die Ueberrumpelten ein. Es handelte sich in diesem Fall offensichtlich nicht um einen jener organisierten Massendiebstähle, die im heutigen Polen und Pommern zur Tagesordnung gehören; sondern dem Ueberfall lagen zweifellos politische Motive zugrunde. Die deutschen Bauern zogen sich, z. T. in schwer verletztem Zustand, auf das nahe gelegene Danziger Gebiet zurück; dort wurden sie in ein Danziger Krankenhaus überführt. Einer der Ueberfallenen, der deutsche Bauer Schodcowski, war so schwer mißhandelt worden, daß an seinem Aufkommen zu zweifeln ist.

Bücher über den Osten

Die Tschechen. Laufend Jahre deutsch-tschechischer Kampf. Von Rudolf Jung. Volk und Reich Verlag, Berlin 1937. 227 Seiten. Preis 4,80 RM. — In diesem Buch hat der letzte Führer der ehemaligen Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei der Tschecho-Slowakei einen Beitrag zur Kenntnis der Tschechen geliefert, wie ihn die reichs-

deutsche Öffentlichkeit bitter notwendig hat. Es ist dem Verfasser nicht so sehr darauf angekommen, eine zusammenhängende Darstellung der tschechischen Geschichte oder eine erschöpfende Schilderung der Unterdrückung des Sudetendeutschums im tschechischen Staate zu geben. Was er gemolt hat, das ist eine lebendige Vorstellung des tschechischen Volks-

Charakters zu geben. Was an geschichtlichen Tatsachen erwähnt wird, was über die Entrechtung und Aushungerung der Sudeten-deutschen gesagt wird, das erscheint als Aeußerung dieses Charakters und wird immer wieder zu diesem Charakter in Beziehung gesetzt. Daß eine tiefe seelische Fremdheit das Deutschtum vom Tschcheientum trennt, daß der bleibende Motor alles tschechischen Handelns der Deutschenhaß ist, daß Feindschaft und Brutalität die tschechische Haltung gegenüber den Fremden charakterisieren, daß dieses hussitische Volk im ganzen Lauf seiner Geschichte für Mitteleuropa ein schwärendes Fremdkörper war und auch heute noch ist, das gehört zu den Erkenntnissen, welche die in das Wesen der Dinge eindringende Arbeit vermittelt. Der Inhalt und die Sprache des Buches tragen den kämpferischen Charakter seines Verfassers, der vor dreißig Jahren in die politische Front der um ihr Lebensrecht ringenden Sudetendeutschen eintrat und vor fast zwanzig Jahren das erste grundlegende Werk über den nationalen Sozialismus schrieb. Daß sich mit dieser kämpferischen Note eine umfassende Kenntnis der Tatsachen und ein persönliches Wissen um den Charakter des völkischen Gegners verbindet, macht das Buch zu einer der wertvollsten Neuerscheinungen der deutschen außenpolitischen Literatur der letzten vier Jahre. Dr. R.

Imperialismus oder völkische Politik? Vierzig Millionen fordern ihr Recht. Von Christoph Freiherr von Imhoff. Hans von Hugo Verlag, Berlin-Wannsee 1937. 177 Seiten. — Dieses interessante Buch ist als eine Arbeit, die die Gedanken der nationalsozialistischen Volksgruppenpolitik folgerichtig durchdenkt, zu begrüßen. Der Bolschewismus, der als grundsätzlicher Gegner jeder nationalen Idee die Volkstümer zerreibt, der französische Liberalismus, der den Staatsbürger zum Träger einer imperialistischen Machtpolitik macht und das Volkstum zu einer untergeordneten Größe herabdrückt, der Faschismus, der fremdes Volkstum im eigenen Staate unterdrückt und mißachtet, der politische Katholizismus, der eine grundsätzlich avölkische und transzendental-totalitäre Stellung einnimmt, — diese vier sogenannten „Ordnungsprinzipien“ haben das eine gemeinsam, daß sie sich gegen das Volkstum stellen, daß ihre Raumkonstruktionen unleguhare Tatsachen zu leugnen versuchen: das Volkstum, die Rasse und die Tra-

dition. Diese sogenannten „Ordnungsprinzipien“ haben bewiesen, daß sie selbst dort, wo sie den Frieden der Staaten anstreben, den Krieg der Völker wollen. Der Friede der Staaten aber ist erst gesichert, wenn auch Friede herrscht zwischen den Völkern. Der fundamentale Satz von der Achtung fremden Volkstums, den der Nationalsozialismus verkündet hat, hat als Ausgangspunkt jeder Politik zu gelten, die den wirklichen Frieden in Europa anstrebt. Das Dritte Reich stellt dem Imperialismus der Anderen seine volkstumsbejahende und daher im tiefsten Grunde stieliche Politik gegenüber. Das Genfer „Minderheitenrecht“ hat versagt, weil es von Staaten gehandhabt worden ist, die Nationalitätenstaaten sind, aber Nationalitäten zu werden versuchen, die die andersvölkischen Gemeinschaften nicht anerkennen und deren Recht auf Leben zu einem karitativen Almosenrecht herabgewürdigt haben. Das nationalsozialistische Volksgruppenrecht erkennt die Volksguppe als Rechtsträger an, als Träger eines Rechtes, das von Seiten des Staates nicht verliehen, sondern nur anerkannt werden kann. Imhoff spricht in seiner Arbeit darüber, durch welche Maßnahmen einem solchen Volksgruppenrecht praktische Wirksamkeit verschafft werden kann. Er behandelt die rechtliche Stellung der Auslandsdeutschen im Reich und die Möglichkeiten zwischenstaatlicher Vereinbarungen auf volkspolitischem Gebiet. Vor allem hebt er die Bedeutung des Selbstverwaltungsgedankens für die völkische Befriedung Mitteleuropas hervor. Er spricht über die Probleme des Nationalregierers und der Nationalen Kurie und wirft schließlich die Frage auf, ob man nicht in die Befehgebung ein neues Institut, das des Volkbürgers (neben dem Staatsbürger), einführen soll. Die Bedankengänge, die hier entwickelt worden sind, werden natürlich bei allen Völkern mit schlechtem Gewissen auf das lebhafteste Mißtrauen stoßen und allerlei neue Verdächtigungen Deutschlands wachrufen. Das ändert aber nichts daran, daß sich die Entwicklung vom Minderheitenschutz zum Volksgruppenrecht, die das Dritte Reich proklamiert hat, durchsetzen wird. Den Volkgruppen sichert die Durchsetzung eines solchen Rechtes die Möglichkeit, als Teile ihrer Völker im Rahmen fremder Staaten gesichert zu leben. Den Nationalitätenstaaten wie der Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Lettland usw. aber gibt die Anerkennung eines solchen Rechtes die Chance, sich in ihrem territorialen Bestand zu behaupten. Dr. R.

Leert Ostpreußen kennen

durch die billigen Rund- u. Halbrundreiselarten sowie die Ringfahrhefte der Reichsbahn!

Das Werbeheft „Reichsbahn-Rundreisen durch unser schönes Ostpreußen“ ist bei den Fahrkartenausgaben und Reisebüros kostenlos erhältlich!

Reichsbahndirektion Königsberg (Pr.)